

Regierungsratsbeschluss

vom 27. August 2007

Nr. 2007/1438

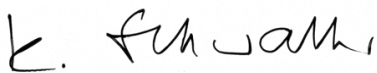
Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes (InfoDG) Öffentliches Vernehmlassungsverfahren

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet den Vernehmlassungsentwurf über die Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes (InfoDG) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

- 2.1 Auf Antrag der Staatskanzlei wird der Vernehmlassungsentwurf über die Teilrevision des Informations- und Datenschutzgesetzes (InfoDG) in erster Lesung beraten und beschlossen.
- 2.2 Die Staatskanzlei wird beauftragt, ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren über diesen Entwurf durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 30. November 2007.
- 2.3 Die Staatskanzlei wird beauftragt, die Vernehmlassungsadressaten per E-Mail über das eröffnete Vernehmlassungsverfahren zu informieren.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Vernehmlassungsentwurf

Verteiler

Departemente (5)
Staatskanzlei (SCH, STU, AST, SCD)
Gerichtsverwaltung
Amtsblatt STE

Parlamentsdienste
Medien (JAE)